

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.  
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.  
 Anzeigen: die Zeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Annahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.  
 Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Daube, Invalidendank, Berlin, Bernh. Arndt, Max  
 Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greif-  
 wald G. Illies, Halle a. S. J. J. Barck & Co., Hambur-  
 g, Heine, Eisler, Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens,  
 Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Der Entwurf eines neuen Marken- und Handelszeichengesetzes.

§ 11. Die Eintragung eines Warenzeichens  
hat die Wirkung, daß dem Eingetragenen aus-  
schließt das Recht zusteht, Waren oder deren  
Verpackung oder Umhüllung mit dem ange-  
melde- ten Warenzeichen zu versehen, die so bezeich-  
neten Waren in Verkehr zu setzen, sowie auf  
Geschäftsbriefen, Empfehlungen, Aufzählungen,  
Rechnungen oder dergleichen das Zeichen anzu-  
bringen.

§ 12. Durch die Eintragung eines Waren-  
zeichens wird Niemand gehindert, seinen Namen,  
seine Firma, seine Wohnung, sowie Angaben über  
Art, Zeit und Ort der Herstellung, über die Be-  
schaffenheit, über die Bestimmung, über Preis-  
Mengen- oder Gewichtsverhältnisse von Waren,  
sei es auch in abgekurzter Gestalt, auf Waren,  
auf deren Verpackung oder Umhüllung anzubringen  
und im Geschäftsverkehr zu gebrauchen.

§ 13. Wer wissenschaftlich oder aus großer  
Fähigkeit Waren oder deren Verpackung oder  
Umhüllung, oder Geschäftsbriefe, Empfehlungen,  
Aufzählungen, Rechnungen oder dergleichen mit  
dem Namen oder der Firma eines J. anderen oder  
mit einem nach Maßgabe dieses Gesetzes ge-  
schützten Warenzeichen widerrechtlich versehen  
oder dergleichen widerrechtlich gekennzeichnete Waren  
in Verkehr bringt oder feilhält, ist dem Verletzten  
zur Entschädigung verpflichtet. Hat er die Hand-  
lung wissenschaftlich begangen, so wird er außerdem  
mit Geldstrafe von Ein- bis fünfzig bis fünf-  
zigtausend Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs  
Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt nur  
auf Antrag ein. Die Zurücknahme des Antrages  
ist zulässig.

§ 14. Wer zum Zweck der Täuschung in  
Handel und Verkehr Waren oder deren Ver-  
packung oder Umhüllung, oder Geschäftsbriefe,  
Empfehlungen, Aufzählungen, Rechnungen oder  
dgl. mit einer Aufmachung, Ausstattung oder  
Verzierungen, welche in den betreffenden Verkehrs-  
kreisen als Kennzeichen gleichartiger Waren eines  
Anderen gilt, ohne dessen Genehmigung verleiht,  
oder wer in der gleichen Absicht dergleichen ge-  
kennzeichnete Waren in Verkehr bringt oder feilhält,  
ist dem Verletzten zur Entschädigung verpflichtet  
und wird mit Geldstrafe von Ein- bis fünfzig bis  
dreißigtausend Mark oder mit Gefängnis bis zu  
drei Monaten bestraft. Die Strafverfolgung tritt  
nur auf Antrag ein. Die Zurücknahme des An-  
trages ist zulässig.

§ 15. Wer Waren oder deren Verpackung  
oder Umhüllung oder Geschäftsbriefe, Empfeh-  
lungen, Aufzählungen, Rechnungen oder dgl.  
mit einem Staatswappen oder mit dem Namen  
oder Wappen eines Ortes, eines Gemeinde- oder  
weiteren öffentlichen Verbandes in der Absicht  
verleiht, durch eine unrichtige Verzeichnung der  
Prestige über die Beschaffenheit der Waren  
einen Irrtum zu erregen, oder wer in der  
gleichen Absicht dergleichen bezeichnete Waren  
in Verkehr bringt oder feilhält, wird mit Geldstrafe  
von Ein- bis fünfzig bis fünfzigtausend Mark  
oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.  
Diese Bestimmung findet zu Gunsten des An-  
schuldigten nur dann Anwendung, wenn dort nach  
einer im Reichsgesetzblatt enthaltenen Bekannt-  
machung gegen die mißbräuchliche Benutzung  
deutscher Ursprungsbezeichnungen Schutz gewährt  
wird.

§ 16. Statt jeder aus diesem Gesetze ent-  
springenden Entschädigung kann auf Verlangen  
des Verletzten neben der Strafe auf eine an  
ihn zu erlegenden Buße bis zum Betrage von  
Zehntausend Mark erkannt werden. Für diese  
Buße haften die zu derselben Verurteilten als  
Gesamtschuldner. Eine erkannte Buße schließt  
die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungs-  
anspruches aus.

§ 17. Erfolgt eine Verurteilung auf Grund  
der §§ 13 bis 16, so ist bezüglich der im Besitz  
der Verurteilten befindlichen Gegenstände auf  
Beseitigung der widerrechtlichen Kennzeichnung,  
oder, wenn die Beseitigung in anderer Weise  
nicht möglich ist, auf Vernichtung der damit ver-  
sehbaren Gegenstände zu erkennen. Erfolgt die  
Verurteilung im Strafverfahren, so ist in den  
Fällen der §§ 13 und 14 dem Verletzten die  
Befugnis zuzugestehen, die Verurteilung auf  
Kosten des Verurteilten öffentlich bekannt zu  
machen. Die Art der Bekanntmachung sowie die  
Frist zu derselben ist in dem Urteil zu be-  
stimmen.

§ 18. Der nach Inhalt dieses Gesetzes ge-  
währte Schutz wird durch Abänderungen nicht  
ausgeschlossen, mit denen fremde Namen, Firmen,  
Zeichen, Wappen und sonstige Kennzeichnungen  
von Waren wiedergegeben werden, sofern unge-  
achtet dieser Abänderungen die Gefahr einer Ver-  
wechslung im Verkehr vorliegt.

§ 19. In bürgerlichen Rechtsverhältnissen,  
in welchen durch Klage oder Widerklage ein Anspruch  
auf Grund dieses Gesetzes geltend gemacht ist,  
wird die Verhandlung und Entscheidung letzter  
Instanz im Sinne des § 8 des Einführungsgesetzes  
zum Gerichtsverfassungsgesetz dem Reichs-  
gericht zugewiesen.

§ 20. Soweit deutsche Waren im Aus-  
lande bei der Ein- oder Durchfuhr der Verpflich-  
tung unterliegen, eine Verzeichnung zu tragen,  
welche ihre deutsche Herkunft erkennen läßt, kann  
durch Beschluß des Bundesrats nach den fremden  
Waren bei ihrem Eingang nach Deutschland zu  
Ein- oder Durchfuhr eine entsprechende Auflage  
gemacht und für den Fall der Zuwiderhandlung  
die Einziehung der Waren angeordnet werden.  
Die Befehlsgewalt kann den Zoll- und Steuer-  
behörden übertragen werden. Die Befestigung der  
Einziehung erfolgt durch Strafbescheid der Ver-  
waltungsbehörde (§ 459 der St.-P.-O.).

§ 21. Wer im Inlande eine Niederlassung  
nicht besitzt, hat auf den Schutz seines Namens  
oder seiner Firma, seiner Warenzeichen oder der  
sonstigen Kennzeichnung seiner Waren nach Maß-  
gabe dieses Gesetzes Anspruch, wenn in dem  
Staate, in welchem seine Niederlassung sich be-  
findet, nach einer im Reichsgesetzblatt enthalte-  
nen Bekanntmachung deutsche Warenbezeichnun-  
gen einen Schutz genießen. Der Anspruch auf  
Schutz eines Warenzeichens und das durch die  
Eintragung begründete Recht können nur durch  
einen im Inlande bestellten Vertreter geltend ge-  
macht werden. Der letztere ist zur Vertretung  
in dem nach Maßgabe dieses Gesetzes statfinden-  
den Verfahren, sowie in den das Zeichen betreffen-  
den bürgerlichen Rechtsverhältnissen und zu

Stellung von Strafanträgen befugt. Der Ort,  
wo der Vertreter seinen Wohnsitz hat und in Er-  
mangelung eines solchen der Ort, wo das Patent-  
amt seinen Sitz hat, gilt im Sinne des § 24  
der Zivilprozeßordnung als der Ort, wo sich der  
Vermögensgegenstand befindet. Wer ein ausländi-  
sches Warenzeichen zur Anmeldung bringt, hat  
damit den Nachweis zu verbinden, daß in dem  
Staate, in welchem seine Niederlassung sich be-  
findet, die Voraussetzungen erfüllt sind, unter wel-  
chen der Anmeldende dort einen Schutz für sein  
Zeichen beanspruchen kann.

§ 22. Auf die in Gemäßheit des Gesetzes  
über Marken- und Handelszeichen vom 30. November 1874  
(Reichsgesetzblatt S. 143) in die Zeichenregister  
eingetragenen Warenzeichen finden bis zum 1.  
Januar 1897 die Bestimmungen jenes Gesetzes  
noch ferner Anwendung. Die Zeichen können bis  
zum 1. Januar 1897 jeder Zeit zur Eintragung  
in die Zeichenrolle nach Maßgabe des gegenwärtigen  
Gesetzes angemeldet werden, und unterliegen  
abdom dessen Bestimmungen. Die Eintragung  
darf nicht verweigert werden hinsichtlich derjenigen  
Zeichen, welche auf Grund des § 3 Abs. 1 des  
Gesetzes vom 30. November 1874 in die bisherige  
Zeichenregister eingetragen worden sind. Die  
Eintragung geschieht unentgeltlich, und unter dem  
Zeitpunkt der ersten Anmeldung. Ueber den In-  
halt der ersten Eintragung ist ein Zeugnis der  
bisherigen Registerbehörde beizubringen. Mit  
der Eintragung in die Zeichenrolle, oder sofern  
eine solche nicht erfolgt ist, mit dem 1. Januar  
1897, erlischt der nach Maßgabe des Gesetzes vom  
30. November 1874 den Warenzeichen gewährte  
Schutz. Bis dahin kann nach Maßgabe des § 8  
Ziffer 1 des gegenwärtigen Gesetzes der Antrag  
auf Beseitigung eines in die Zeichenrolle eingetragenen  
Warenzeichens auch auf die unter der Herr-  
schaft des Gesetzes vom 30. November 1874 er-  
folgte frühere Anmeldung des Zeichens begründet  
werden.

§ 23. Die zur Ausführung dieses Gesetzes  
erforderlichen Bestimmungen über die Einrichtung  
und den Geschäftsgang des Patentamts werden  
vom Reichskanzler getroffen.

§ 24. Dieses Gesetz tritt mit dem . . . .  
in Kraft. Von dem gleichen Zeitpunkte an wer-  
den Anmeldungen von Warenzeichen auf Grund  
des Gesetzes über den Markenschutz vom 30. No-  
vember 1874 nicht mehr angenommen.

## Von der Cholera.

Anfang dieses Monats kam in Berlin im  
Krankenhaus Friedrichshagen ein Krankheitsfall  
zur Beobachtung, welcher, weil er sich äußerlich  
durchaus wie asiatische Cholera darstellte, die  
Ärzte und die Sanitäts-Verbände auf das leb-  
hafteste beschäftigte. Wie das genaue Studium  
des Falles ergeben hat (die einschlägigen Nach-  
richten darüber veröffentlicht Prof. Fürbringer in  
der neuesten Nummer der „Deutschen medizinischen  
Wochenschrift“), handelte es sich aber nicht um  
asiatische Cholera, sondern um die nicht an-  
stehende einheimische Cholera. Gesichert wurde  
die Diagnose ausschließlich durch die bakteriologische  
Untersuchung. Die Erscheinungen, welche die  
Kranke darbot, der Verlauf des Leidens — die  
Patientin, eine kräftige Frau von 52 Jahren,  
stark, obwohl vorher durchaus gesund, nach nur  
eintägiger Krankheitsdauer — und die Ergebnisse  
der Veröffnungsöffnung ließen keinerlei Unter-  
scheid von dem Bilde der indischen Cholera erkennen.  
Es ergab sich daraus auf das deutlichste, von wie  
entscheidender Wichtigkeit beim ersten Auftreten  
von Cholera oder choleraähnlichen Erkrankungen  
die bakteriologische Untersuchung ist, so daß die  
hier mehrfach befürwortete Organisation eines  
bakteriologischen Untersuchungsdienstes, insbesondere  
die Anstellung von bakteriologischen Ärzten in  
den Provinzen, während der Zeit der Cholera-  
gefahr nicht dringend genug von Neuem den  
Medizinalbehörden angetragen werden kann. Von  
Interesse ist eine gelegentliche Angabe, welche  
Professor Fürbringer an seine Mitteilung an-  
fügt. Danach hat er namentlich in letzter  
Zeit im Krankenhaus und in der Stadtprokura  
mehrere sehr schwere, wiewohl nicht tödliche  
Cholera oder Typhus ähnliche Erkrankungen be-  
obachtet, die nach dem Genuß von nicht mehr  
guten Fischen, Krebsen und leberhaltigen Speisen  
aufgetreten waren. Auch andere Ärzte haben  
die gleiche Beobachtung gemacht. So hatte einer  
derselben in diesem Monat eine ganze Familie,  
die Gesehte und drei Kinder, die in der von  
Fürbringer angeführten Weise erkrankt waren,  
zu behandeln. Solche Vorkommnisse beweisen,  
daß man der Beschaffenheit der Nahrungsmittel  
noch nicht die Aufmerksamkeit schenkt, welche er-  
forderlich ist.

Unter choleraartigen Erscheinungen wurde in  
Potsdam ein Garde-Jäger ins Lazareth ge-  
bracht. In allen Räumen in Potsdam hat man  
übrigens besondere Cholerafäden eingerichtet, in  
welchen zunächst alle etwaigen verdächtigen Kranken  
isoliert werden sollen.

Stralsund, 25. August. Seit heute ist  
zwischen hier und Rügen ein mit einer Quarantäne-  
Platte (gelbe Farbe) versehenes Segelboot  
stationiert, um Fahrzeuge, die von Choleraver-  
dächtigen Häfen kommen, am Einlaufen in den  
Hafen zu verhindern, bis selbige ärztlich unter-  
sucht worden.

Aus Königsberg i. Pr., 26. August, er-  
halten wir folgendes Telegramm: Nach einer auf  
dem hiesigen Eisenbahnverkehrsamt eingegange-  
nen Verfügung des Eisenbahnministers ist die  
ganze ostpreussische Grenze, ausgenommen bei den  
Ubergängen von Cybikuhnen und Profiken, für  
den Verkehr gesperrt worden.

Hamburg, 25. August. Gutem Vernehmen  
nach depechierte Doktor Koch an das Reichs-  
gesundheitsamt, daß die Cholera forschreite, die  
transzessier über achthundert betrage. Die  
Toden werden vertrieben auf 160 bis 300 an-  
gegeben. Sämtliche Elbschiffen sind an ge-  
schlossen, Veranlassungen, Märkte und Tanz-  
veranstaltungen auf den benachbarten preussischen  
Gebieten teilweise verboten. In Altona herrscht  
Wassermangel in Folge unzureichender Ver-  
sorgung. Der telefonische Verkehr zwischen  
Hamburg und Berlin ist nunmehr ganz ein-  
gestellt, sonst die Stimmung der Bevölkerung ruhig  
und gefaßt, der Personenverkehr und das Straßen-  
leben wie bisher.

Dresden, 25. August. (W. T. B.) Die  
Verwaltung der sächsischen Staatsbahnen hat be-

stimmt, daß direkte Wagen von Hamburg nach  
Dresden und Wien in Leipzig nicht mehr über-  
nommen werden. Auf allen sächsischen Stationen,  
wo ein Aufenthalt stattfindet, werden die Per-  
sonenwagen desinfiziert.

München, 25. August. (W. T. B.) Auf  
dem hiesigen Zentralbahnhof ist ein ärztlicher  
Beobachtungsdienst eingerichtet worden.

Wien, 25. August. (W. T. B.) Die  
gestern für Tscheden angeordnete ärztliche Unter-  
suchung der Reisenden und Desinfizierung ihres  
Gepäckes ist auch auf Bodenbach ausgedehnt  
worden.

West, 25. August. (W. T. B.) In Folge  
der in Hamburg ausgebrochenen Cholera hat der  
Magistrat angeordnet, daß die Hotelbesitzer nicht  
nur Reisende aus Russland, sondern auch solche  
aus Deutschland, insbesondere aus Hamburg  
polizeilich zu melden haben, damit eventuell so-  
fort Vorkehrungsmaßregeln getroffen werden könnten.

Saag, 25. August. (W. T. B.) Die  
niederländische Regierung hat eine Verordnung  
veröffentlicht, durch welche Hamburg und Ant-  
werpen für von der asiatischen Cholera infizierte  
Häfen erklärt werden.

Paris, 25. August. (W. T. B.) Nach  
einer heute von der Stadtbehörde von Havre ver-  
öffentlichten Zusammenfassung sind daselbst seit  
dem 30. Juli 365 Fälle choleraähnlicher Er-  
krankungen vorgekommen, von denen 104 einen  
tödlichen Verlauf nahmen. Gestern seien 28  
Personen erkrankt und mehrere Personen ge-  
storben. Wie weiter aus Havre gemeldet wird,  
hätten die Ärzte festgestellt, daß die Epidemie,  
welche in Folge der eingetretenen Mäßigung im  
Abnehmen begriffen sei, nicht die asiatische Cho-  
lera sei. — Der in Havre eingetroffene, von  
Hamburg kommende Dampfer „Galicia“ ist unter  
Quarantäne gestellt worden.

Paris, 25. August. (W. T. B.) Nach  
einer Meldung aus Bordeaux ist daselbst ein  
gestern aus Havre angelaufener französischer  
Dampfer unter Quarantäne gestellt worden, weil  
an Bord desselben während der Fahrt ein ver-  
dächtiger Todesfall vorkam. Außerdem befinden  
sich krank an Bord drei Leute der Besatzung.  
Paris, 25. August. Das Journal „Paris“  
veröffentlicht ein Interview eines seiner Redak-  
teure mit Dr. Dujardin über die in der Um-  
gebung von Paris ausgebreitete Epidemie. Da-  
nach hat sich Dr. Dujardin dahin geäußert, daß  
die gedachte Epidemie, die sich bis nach Rouen  
und Havre ausgedehnt habe, im Abnehmen be-  
griffen sei und bald gänzlich verschwinden werde.  
Nebenbei sei dieselbe von der in Russland herr-  
schenden Cholera, welche nach Hamburg und  
Antwerpen verschleppt worden sei, durchaus ver-  
schieden. Es würden demnach Maßregeln wie  
zur Zeit der in Spanien herrschenden Cholera  
getroffen werden, um die Verschleppung der in  
Russland ausgebreiteten asiatischen Cholera nach  
Frankreich zu verhindern.

Nouen, 25. August. (W. T. B.) Heute  
wurden 200 choleraartige Erkrankungen in Dar-  
netal und Dieppeville sowie 70 in Dissel-  
laire festgestellt; von letzteren verstarben 20  
tödtlich. Das Entstehen der Epidemie wird dem  
Seinewasser zugeschrieben.

Kopenhagen, 25. August. (W. T. B.) Die  
Eisenbahnverkehre zwischen Dänemark und  
dem Auslande findet bis auf Weiteres nur über  
die Station Wamdrup statt, woselbst eine ärzt-  
liche Untersuchung der Reisenden und Desinfek-  
tion des Gepäcks vorgenommen wird. Die Maß-  
regeln gegen die Einschleppung ansteckender  
Krankheiten sind nunmehr auch auf Verflüsse  
aus den belgischen Häfen ausgedehnt worden.

Christiana, 25. August. (W. T. B.) Die  
Regierung hat sämtliche französischen Häfen am  
Kanal als von der Cholera angesteckt erklärt.  
Petersburg, 25. August. (W. T. B.) Nach  
amtlicher Mitteilung ist eine in der Stadt  
Drel angesehene Person am 24. d. M. an der  
Cholera erkrankt. Am 22. d. M. erkrankten im  
Gouvernement Saratow 879 und starben 464  
Personen, am 23. d. M. erkrankten bzw. starben  
Samara 732 bzw. 349, Simbirsk 382 bzw. 167  
Personen. Im Gouvernement Orenburg erkrankten  
am 22. d. M. 241 und starben 85 Personen.  
Im übrigen ist der Stand der Epidemie un-  
verändert.

## Deutschland.

Berlin, 26. August. Der Kaiser hat dem  
Vernehmen nach angeordnet, daß alle Truppen-  
übungen wegen der herrschenden Hitze bis  
10 Uhr Vormittags beendet sein sollen. Aus den  
Mandier-Terrains liegen bis jetzt Meldungen  
über ernste Unfälle nicht vor, ein Beweis  
für die Sorgfalt, womit seitens der Komman-  
deure und Offiziere verfahren wird. Aber es  
wird und berichtet, daß die Zahl der in Folge  
der Hitze leicht erkrankten Mannschaften in den  
Lazarethen eine erhebliche ist. Die Frage wird  
wohl militärischerseits erwogen werden, ob es  
sich empfiehlt, in künftigen Jahren die großen  
Truppenübungen wieder so zeitig, wie diesmal,  
beginnen zu lassen. Die gegenwärtige abnorme  
Hitze konnte nicht vorhergesehen werden; aber daß  
der August und die heißeste Zeit des Jahres  
bringt, kann als Regel betrachtet werden. Die  
„Hersparade“ des Gardekorps, an welche die  
Mandier desselben sich unmittelbar anschließen,  
sind diese Jahre am 2. September statt, so früh  
wie diesmal, am 18. August aber, so viel wir  
uns erinnern, noch niemals.

Prinz Leopold von Bayern begab sich  
von Stendal, wo er die 10. Jansaren und die  
16. Jansaren eingehend besichtigt hatte, nach Magde-  
burg; er wurde hier auf dem Bahnhof von dem  
kommandierenden General des 4. Armeekorps Ge-  
neral von Hähnlich empfangen. Die Stadt hatte  
zum Teil Fahnenhissung angelegt. Der Prinz  
besichtigte in Begleitung des Generals von Hähn-  
lich den Standort Schießplatz des Infanterie-  
regiments, später fand zu Ehren des Prinzen im Generals-  
kommandogebäude ein Festmahl statt.

In Meersburg am Bodensee hat am  
Sonntag der Großherzog von Baden bei einem  
Kriegsfeiertag folgende Ansprache gehalten:

„Meine lieben Kameraden! In dem Aus-  
sich, daß wir als deutsche Soldaten Kaiser und  
Reich hochhalten sollen, ist alles enthalten, was  
uns gegenwärtig bewegt. Es bleibt mir nur noch  
übrig, etwas besonderes zu betonen, und da wende  
ich mich zunächst an die älteren Kameraden, die  
1870—71 mitgekämpft haben, und ich richte an

Sie die Aufforderung: Wollen Sie auf die Ju-  
gend durch Mahnung und Beispiel und durch  
Erziehung, besonders erinnere ich Sie, die  
Worte feilzuhalten, die Ihr verehrter Gauen-  
verbandsvorstand, Herr Bürgermeister Weg, vorhin  
gesagt hat. Ich brauche sie nicht zu wiederholen.  
Das sind die richtigen Worte, in ihnen ist alles  
enthalten, was den guten Soldaten und Patrioten  
fennzeichnet. An die jungen Kameraden richte ich  
die Worte: Halten Sie fest an Ihrem Schwur,  
an Ihrem Fahnenreiß. Derselbe gilt nicht nur  
für die Zeit, da Sie in der Front stehen, son-  
dern auch im bürgerlichen Leben. Die Fahne ist  
ein Zeichen der Kameradschaft, und diese schließt  
als schönstes die Liebe in sich, welche uns alle  
verbinden soll. Und ein guter Kamerad ist auch  
ein guter treuer Unterthan. Hiermit möchte ich  
schließen. Ich freue mich, heute unter Ihnen ge-  
weilt zu haben, und sage, so Gott will, „auf  
Wiedersehen!“ Wenn Sie in Ihre Heimat kom-  
men, grüßen Sie Ihre Angehörigen. Halten Sie  
fest zu unserem großen Landesverbande, der eine  
gute Schule ist für Pflichterfüllung und Treue.  
Und in diesem Sinne möchte ich Sie auffordern,  
ein Hoch auszubringen auf den badien Militär-  
vereinsverband, der auch ferner blühen und ge-  
heihen und seine erprobte Thätigkeit für die  
Zukunft entfalten möge; er lebe hoch!“

Die in Köln erscheinende „Westf. Allg.  
Ztg.“ stellt in einem längeren Artikel die Frage,  
ob es nicht sollte im Interesse der gesundheitslichen  
Zustände des ganzen Landes wie der einzelnen  
Vertheilungen liegen, für dieses Jahr auf die Ab-  
haltung der geplanten großen Manöver der Trup-  
pen zu verzichten? Das Blatt begründet seine  
Anregung folgendermaßen:

„Wer nur einigermaßen mit den Verhält-  
nissen bekannt ist, welche sich bei den großen  
Truppenübungen, namentlich bei einem sogenann-  
ten Kaisermanöver, entwickeln, wird die Gefahr  
nicht verkennen, welche dadurch zu Zeiten einer  
drohenden Seuche nicht nur für alle an den  
Übungen beteiligten Truppen und die Bevölke-  
rung der Gegenden, in welchen die Manöver statt-  
finden, sondern auch für das ganze Land herbei-  
geführt wird. Gilt dies im Allgemeinen, so gilt  
es noch ganz besonders für die geplanten dies-  
jährigen Kaisermanöver. Dieselben sind in einer  
Gegend anberaumt, welche dem von Westen  
drohenden Feind unmittelbar nahe liegt. Noch  
wird das Auftreten der asiatischen Cholera in  
Belgien in Abrede gestellt, doch ist das anfäng-  
liche stritte Belgien bereits infolge der Cholera  
erklärt, als zugegeben wird, daß dieser und  
jener Fall „unter allen Umständen der Cholera  
asiatica verlaufen ist“, und nur noch das fenden-  
artige Auftreten der furchtbaren Krankheit be-  
stritten wird. Unbestritten aber ist das Vor-  
handensein und das Anwachsen der Seuche in  
Frankreich. Von beiden Ländern aus wird der  
Westen Deutschlands in erster Linie bedroht.  
Nimmt man dazu noch die von Hamburg, wo  
das Vorhandensein der asiatischen Cholera festge-  
stellt ist, und wo die Seuche bereits zahlreiche  
Opfer fordert, drohende Gefahr, so kann man  
nicht mehr darüber im Unklaren sein, daß die  
Abhaltung der geplanten großen Manöver eine  
Unmöglichkeit geworden ist, falls man nicht die  
Bestandhaftigkeit der Arme und das Leben eines  
Theils der Nation aufs Spiel setzen will. . . .  
Man vergegenwärtige sich nur einmal die Folgen,  
welche der Ausbruch der Cholera bei den Ma-  
növertruppen unfehlbar nach sich ziehen müßte!  
Bereits sind in Österreich die großen Truppen-  
übungen zum Teil aufgegeben worden, und auch  
von Seiten verschiedener deutscher Militärbehör-  
den, so von dem Generalkommando in Breslau,  
sind vorbereitende Maßregeln gegen die Cholera  
angewandt worden. Das beweist, daß man sich  
in militärischen Kreisen der drohenden Gefahr  
gegenüber nicht gleichgültig verhält. Wir sind  
weit davon entfernt, unnötige Beunruhigung  
ins Volk tragen zu wollen, aber wird sich auch  
der Ansicht, daß man sich der nötigen Vorvor-  
kehrungen an feiner Stelle entschlagen sollte.“

Fürstbischof Ropp von Breslau scheint  
sich dagegen zu verwahren zu wollen, daß er die  
polnische Propaganda in Oberschlesien begünstige;  
in der „Schles. Ztg.“ liest man mit Bezug auf be-  
zügliche Preis-Veränderungen:

„Von dem Fürstbischof Dr. Ropp ist bisher  
keine Kundgebung dahin bekannt geworden, daß  
er die Führung in der polnischen Propaganda in  
Oberschlesien übernehmen habe. Die Petition  
um Förderung der Wiederaufnahme des pol-  
nischen Religions-Unterrichts und des pol-  
nischen Gesetzwissens in den Lehrplan  
der ober-schlesischen Volksschulen ist von an-  
gebl. 126,000 polnisch sprechenden Diözesanen  
an den Fürstbischof gerichtet. Von einer Ent-  
scheidung desselben auf die Petition hin ist bisher  
noch nichts bekannt geworden.“

Es würde allerdings den Erwartungen, mit  
denen man den Fürstbischof Ropp das Fürstbistum  
Breslau übernehmen sah, wenig entsprechen,  
wenn er sich der polnischen Propaganda dienlich  
machte. Leider hat man nur allzu oft erfahren  
müssen, wie Bischöfe Einflüssen nachgaben, deren  
Befolgung man früher von ihnen erwarten zu  
dürfen glaubte. Wir wollen die Stellungnahme  
Dr. Ropp's zu der Petition abwarten. Inzwischen  
ist die Zuversicht in den polnischen Kreisen so  
groß, daß eines dieser Propaganda, der „Diözesan“,  
dem „Reichsanz.“ auf dessen leise Kritik für die  
„Information“ des Kultusministers von den  
ober-schlesischen Klerikal-Polen getroffenen Vorbe-  
reitungen folgendermaßen erwidert:

„Die lächerlichen Behauptungen und ähn-  
liche Angriffe, wie die des „Reichsanz.“, sind in  
Wirklichkeit ein Probestück des Wertes der deut-  
schen Chauvinisten, welche nicht die einfachsten,  
elementarsten Dinge in Betreff der Gerechtigkeit  
verleihen wollen. Anstatt solcher kindischen und  
lächerlichen Angriffe sollte lieber im Interesse des  
Staatswohls der Rath erteilt werden, daß den  
Oberschleslern so bald wie möglich Gerechtigkeit  
zu Theil werde, damit dort die Erbitterung aufhö-  
re, welche immer mehr an Umfang gewinnt.  
Das ist publizistische Pflicht, welche das Allge-  
meinwohl will und die dem Staate wirklich zu  
dienen befreit ist. Aber offenbar raubt die ge-  
genwärtige Hitze sogar solchen Organen, wie dem  
„Reichsanz.“, die Ueberlegung; die Hitze wird  
aber schwinden, und nach derselben wird der  
„Reichsanz.“ sich schämen, daß er seinen Lesern  
solche Spreu bieten konnte.“

Die Regierung wird von derartigen Früch-  
ten ihrer Polenpolitik wohl nicht erbaut sein.  
Vielleicht wird dieselbe gerade noch zeitig genug  
angefochten, um über die Natur der „Saar-  
Ztg.“ zu urtheilen.

aufzuklären, womit man den Ader bestellt hat.  
Schwäche der preussischen Regierung hat unter  
den Polen noch allseitig trotzige Annahme her-  
vorgezogen.

— Wie der „Voss. Ztg.“ von gewöhnlich gut  
unterrichteter Seite gemeldet wird, hat die eige-  
nthümliche Rolle, welche Fürstbischof Dr. Ropp in  
der ober-schlesischen Polenbewegung spielt, an hie-  
sigen politischen Stellen Bestreben erregt, im  
Bistum dagegen habe sie allem Anschein nach  
sehr befriedigt, und als Zeichen der Anerkennung  
werde der Fürstbischof zu Anfang des nächsten  
Jahres den Kardinalshut erhalten.

Der Lehrmangel hat in einzelnen Be-  
zirken gegenwärtig eine ganz ungewöhnliche Höhe  
erreicht. In einem einzigen Regierungsbezirk,  
dem Arnberger, fehlen 172 Lehrer. Sollten  
alle erledigten Stellen besetzt und alle Klassen mit  
mehr als 70 bzw. 80 Schülern auf eine nor-  
male Frequenz gebracht werden, so würden nach  
einer zuverlässigen Berechnung über 20,000 Lehrer  
in Preußen angestellt werden müssen. Durch die  
Veranziehung der jüngeren Lehrer zu militärischen  
Übungen wird die unrichtige Versorgung in  
vielen Orten noch mehr geschädigt. Die  
angefälligen Gehaltsaufbesserungen würden allein  
im Stände sein, tüchtige junge Leute dem Lehr-  
stande zuzuführen. Das bisher gepflegte System  
der Präparandenkulturrei hat scheinbar gründlich  
abgewirtschaftet.

Die „Nat.-Lib. Corr.“ fordert die national-  
liberalen Wähler des Wahlkreises Sagan-Sprottau  
auf, bei der Stichwahl für den deutsch-freimüthigen  
Kandidaten, gegen den der konservativ-klerikalen  
Koalition, zu stimmen.

Das Wahlsystem der Sozialdemokratie  
in Baiern geht aus folgenden Daten hervor.  
Im Jahre 1881 erhielten die Sozialdemokraten  
in Baiern bei den Reichstagswahlen im ersten  
Wahlzuge 21,760 von 433,000 gleich 4,5 Pro-  
zent der abgegebenen gültigen Stimmen. Diese  
Stimmen trafen an 18 von 48 hiesigen  
Wahlkreisen. Im Jahre 1890 hat sich die Stim-  
menzahl der sozialdemokratischen Partei um das  
Vierfache vermehrt. Die Sozialdemokraten  
erhielten 101,000 von 727,518 gleich 13,9 Pro-  
zent aller Stimmen und waren nunmehr in  
sämtlichen Wahlkreisen Baierns vertreten, davon  
in 22 mit über 1000 Stimmen. Im Ganzen  
hatte 1890 das Zentrum 47,5 Prozent, die Li-  
beralen 32,2 Prozent, die Sozialdemokraten 13,9  
Prozent. Gegen 1881 hatte das Zentrum 16,2  
Prozent verloren, die Liberalen 4,5 Prozent ge-  
wonnen, die Sozialdemokraten einen Zuwachs  
von 209 Prozent.

In Bremen wird nach der „Wesf. Ztg.“  
angenommen, daß dem Norddeutschen Lloyd von  
der Regierung Erleichterungen in den Bedingun-  
gen des Vertrages über die Reichspostdampfer-  
linien zugesprochen sind. Natürlich bleibt die Zu-  
stimmung des Reichstages erforderlich. Wir haben  
die Nothwendigkeit und Berechtigung der Erleich-  
terungen, um welche es sich wohl handelt — in  
erster Reihe gehört dazu die Beseitigung der  
Mittelmeer-Zufahrtslinie und der Zweiglinie von  
Australien nach den Samoa-Inseln — früher ein-  
gehend dargelegt. Diese beiden Linien haben sich  
für den Verkehr als überflüssig erwiesen, ver-  
ursachen aber große Kosten, welche dazu beitragen,  
daß die subventionirten Linien vorläufig noch ver-  
lustrifizirten für den Lloyd sind.

Das auf der Peimre se aus Deutsch-  
ostafrika begründete Direktionsmitglied der deut-  
sch-afrikanischen Gesellschaft Lucas hat sich, wie  
die „Kr.-Ztg.“ berichtet, eine recht unangenehme  
Erkrankung zugezogen. Durch die Verletzung  
mit den chinesischen Kulis, welche bekanntlich die  
deutsch-afrikanische Gesellschaft nach Ostafrika  
hat kommen lassen, hat er eine Augenentzündung be-  
kommen, welche so stark auftrat, daß er die Peim-  
reise ganz im Dunkeln hat machen müssen. Doch  
geht man ärztlicherseits der Hoffnung, daß die  
Krankheit hier bei fadgemäßer Behandlung bald  
wird gehoben werden können.

Kiel, 25. August. (W. T. B.) Ihre kö-  
nigl. Hoheit die Prinzessin Heinrich ist mit dem  
Prinzen Waldemar heute Abend 7 Uhr von Am-  
rum hier wieder eingetroffen.

Hamburg, 25. August. (W. T. B.) Die  
Hegeländer Dampfer werden von Freitag ab nur  
zwischen Rughafen und den Nordseebädern ver-  
kehren.

München, 25. August. (W. T. B.) In  
seiner heutigen Nachmittagsitzung lebte der Ge-  
nossenschaftstag mit 63 gegen 54 Stimmen den  
Entwurf an, die Unterverbände zur Verach-  
tung darüber aufzufordern, daß der Genossen-  
schaftstag nur alle 2 Jahre abgehalten werden  
soll. Der Verband hat für das Jahr 1893,  
worin die Einnahmen auf 58,080 Mark und die  
Ausgaben auf 54,100 Mark befristet sind, wurde  
genehmigt. Ohne Debatte genehmigt wurde so-  
dann der Antrag des Verbandesamts, den  
Verbandsbeitrag der Werkgemeinschaften für  
die Benutzung gemeinsamer Maschinen, Werk-  
zeuge u. dgl. dem der Werkgemeinschaften auf  
15 Pfennig pro 1000 Mark des Ertrages  
festzusetzen. Der nächstjährige Genossenschaftstag  
findet in Stettin statt.

## Oesterreich-Ungarn.

Berberg, 25. August. (W. T. B.) Wegen  
der durch eine gewissenlose Agitation veranlaßten  
Auswanderung von 700 Bauern aus dem Zbar-  
rager und von 200 Bauern aus dem Skalater  
Bezirk hat die Regierung geeignete Vorbe-  
reitungen gegen die in den bezeichneten Bezirken herr-  
schende Auswanderungsfucht getroffen.

## Schweiz.

Bern, 25. August. Die Teilnehmer des  
Friedenskongresses unternehmen heute einen Aus-  
flug nach Yverdon, bei dem leider die Fahrt auf  
dem Vierwaldstättersee vollständig verregnete.  
Vor Grünli und Schillerstein wurde angehalten.  
Aufsehen erregte im Weltfriedenskongress ein Lei-  
artikel des offiziellen „Bund“, welcher die Auf-  
schrift führt: „Das Recht zum Kriege.“ Der  
„Bund“ nennt den Krieg die letzte Instanz des  
Völkerrechts, worin die Gerechtigkeit zur Tapfer-  
keit des Volkes werde. Eine unfergegriffene Na-  
tion gehe moralisch zu Grunde.

## Frankreich.

In der Umgegend von Dijon bei Saussy soll  
ein neues Fort errichtet werden zum Schutz der  
Quellen, aus denen die Stadt ihr Trinkwasser  
bezieht.



